

«Wir leben im moralischen Vakuum»

Laut dem Vatikan werden jährlich 100 000 Christen ermordet. Der anglikanische Bischof Michael Nazir-Ali fordert, das Schweigen darüber zu brechen. Toleranz sei kein Rezept für die bessere Integration von Muslimen in Europa, sagt der gebürtige Pakistaner. *Von Urs Gehriger und Daniele Kaehr (Bild)*

Bischof Nazir-Ali, für wen haben Sie heute Morgen gebetet?

Ich bete immer für Leute, die ich kenne. Für Menschen, die im Gefängnis sitzen, besonders wegen ihres Glaubens, im Iran, in Pakistan, Ägypten und vielen anderen Ländern. Und heute betete ich auch für das Gelingen dieses Interviews.

2009 gaben Sie ihren Rücktritt als Bischof von Rochester. Seither widmen Sie sich christlichen Gemeinschaften auf der Welt, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Welcher Art von Unterdrückung begegnen Sie täglich?

Ich trat in erster Linie zurück, weil ich von christlichen Führern in der islamischen Welt gebeten wurde, ihnen zu helfen. Es gibt eine breite Palette von Unterdrückung: von Baubeschränkungen für Kirchen, Benachteiligung im beruflichen Alltag über Blasphemiegesetze wie in Pakistan bis zur physischen Verfolgung und Tötung. Es kann auch simple Tyrannei sein, wie in Eritrea. Dort begann die Unterdrückung bei den evangelikalen Christen, setzte sich fort über die orthodoxen und hat schliesslich die römisch-katholischen erreicht. Ein Patriarch ist kürzlich verschwunden. Andernorts leiden Glaubensgenossen unter marxistisch beeinflusster Verfolgung. Die Situation in Vietnam und Laos hat sich in den letzten Jahren allerdings verbessert. Ebenfalls in China. Viele der rund 100 Millionen chinesischen Christen organisieren sich in Hauskirchen. Für die Loyalisten des Vatikans ist es jedoch immer noch sehr schwierig.

Wo ist die Lage am schlimmsten?

Rehman Chishti, ein muslimisches Parlamentsmitglied in Grossbritannien, schätzt, dass achtzig Prozent der Christenverfolgung in islamischen Ländern stattfindet. Dies deckt sich mit meinen Erfahrungen.

Haben Sie Zahlen, um diese Entwicklung zu dokumentieren?

Rupert Shortt, ein säkularer britischer Journalist, hat in seinem jüngsten Werk, «Christianophobia», eine wertvolle Zusammenstellung publiziert. Aber es ist schwierig, die Verfolgung zu quantifizieren. Baubeschränkungen für Kirchen, Zerstörung von Gebetsstätten, tägliche Schikanierungen sind kaum zu beziffern. Furcht kann man nicht in Statistiken erfassen.

Massimo Introvigne, der ehemalige OSZE-Vertreter für den Kampf gegen Rassismus

und Diskriminierung, sorgte vor zwei Jahren für Aufsehen mit seiner Aussage: «Alle fünf Minuten wird ein Christ ermordet.» Gibt es Belege dafür?

Vor wenigen Tagen hat der ständige Vertreter des Heiligen Stuhls bei der Uno in Genf diese Zahl indirekt bestätigt. Laut dem Vatikan werden jedes Jahr 100 000 Christen wegen ihres Glaubens getötet. [Das entspricht knapp einem Toten alle fünf Minuten, Anm. d. Red.] «Glaubwürdige Untersuchungen», so der Vatikan, seien zu diesem schockierenden Ergebnis gekommen.

Dramatisch ist offenbar die Lage im Irak. Stellen wir uns vor, wir würden das Interview nicht in Zürich, sondern in Mosul führen: Was würden wir in der ehemaligen Hochburg der orientalischen Christen antreffen?

Im ganzen Irak und auch in Mosul wurden Kirchenführer verschleppt, vertrieben, getötet. Rund die Hälfte von der einstigen Million Christen ist seit dem Sturz Saddam Husseins geflüchtet. Die übrigen haben zu grossen Teilen ihre angestammten Gebiete verlassen und leben als Vertriebene im eigenen Land. In den

«Westliche Medien wie auch Politiker haben den arabischen Frühling missverstanden.»

letzten zwei Jahren hat sich die Lage zusätzlich kompliziert: Viele sind nach Syrien geflüchtet und kommen nun infolge des heftigen Bürgerkriegs wieder zurück in den Irak. Einige bedrohte Religionsgruppen haben in Syrien ihre eigene Miliz formiert und bauen Mauern um ihre Siedlungen. Nicht die Christen. Sie sind sehr exponiert.

Sie haben 2003 eine Intervention im Irak propagiert. Bereuen Sie diesen Appell angesichts des christlichen Leids im Stammland Abrahams?

Ich unterstützte die Intervention, weil die Flugverbotszonen zum Schutz der Kurden und der Sumpfaraber nicht für immer aufrechterhalten werden konnten. Saddam war zu seinem eigenen Volk in beispielloser Weise brutal. Assads Vorgehen ist nichts im Vergleich. Die alliierten Invasoren machten viele Fehler, die Entlassung von Polizei und Armee zum Beispiel oder das Arbeitsverbot für Baathisten. Aber es stimmt: Die Christen sind heute schlimmer dran als damals. Sie hatten ein besseres Leben unter Saddam.

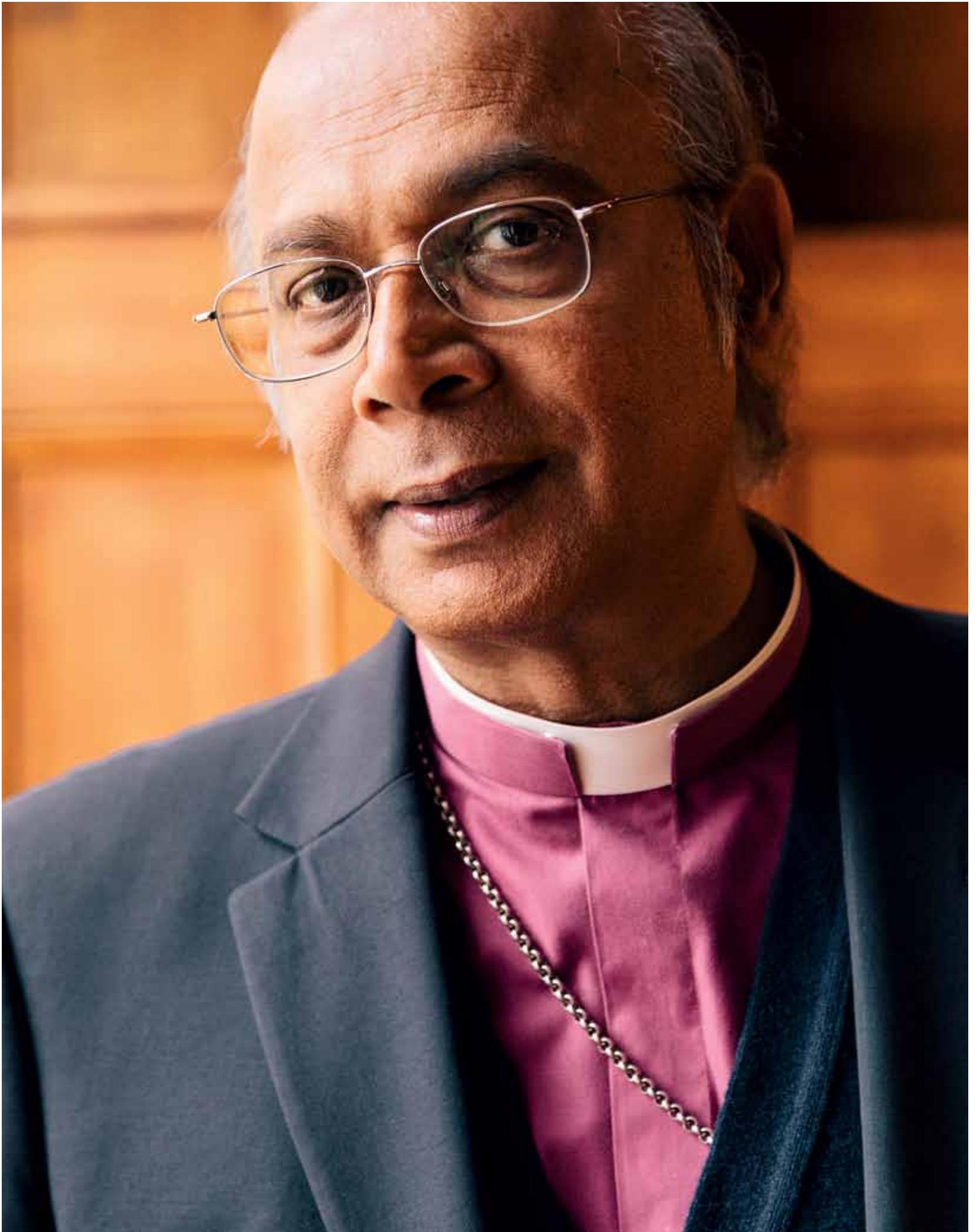
Mit viel Enthusiasmus sind vor gut zwei Jahren Menschen in Tunesien, Ägypten und Libyen gegen ihre Tyrannen aufgestanden. Welche Bilanz des arabischen Frühlings ziehen Sie aus christlicher Warte?

Grundsätzlich ist ihr Leben stärker eingeschränkt. Als ich die ersten Bilder vom Tahrir-Platz in Kairo sah, wurden Erinnerungen an Teheran 1979 wach. Es war dieselbe beunruhigende Mischung aus Säkularen und Islamisten. Im Iran waren sie damals nur in einem vereint: den Schah zu stürzen. Selbst die Kommunisten mischten mit. Als die Mullahs an der Macht waren, entledigten sie sich rasch ihrer Partner. Auch als sie vor zwei Jahren in Ägypten Mubarak los waren, kam die wahre Agenda der Islamisten ans Tageslicht. Westliche Medien wie auch Politiker haben den arabischen Frühling missverstanden. Die prägende Rolle spielten stets die Salafisten und die Wahhabiten. Sie benutzten die säkularen Gruppen, um der Welt das Gefühl zu geben, dass alles eine Bewegung der säkularen Jugend sei. Doch das war nie der Fall. Die Rolle der Frauen in der Gesellschaft, die Meinungsfreiheit, nicht bloss für Christen, wurden reduziert. Ich habe keinen einzigen christlichen Führer getroffen, der den sogenannten Frühling am eigenen Leib erlebt hat und nicht in grosser Sorge um die Zukunft seiner Gemeinde ist.

Wie steht es um die 1,6 Millionen Christen in Syrien?

So schrecklich sich das Regime in Syrien derzeit gebärdet, muss man doch konstatieren: Unter Assad, sowohl dem Vater wie dem Sohn, blieb das delikate Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Glaubensgruppen erhalten. Die Lage heute ist dramatisch. Es sind die Radikalen, nicht die Moderaten, welche bei den Rebellen bestimmend sind. Wir verzeichnen Angriffe auf Kirchen, viele Christen flüchten aus Syrien. Die meisten sind allerdings noch im Land. Sie rücken hinter die Sicherheitslinien der Regierung. Sollte Assad fallen, würden wahrscheinlich viele Christen in den Libanon zu fliehen versuchen. Somit würde das fragile Gleichgewicht des Völker- und Konfessionsgemisches dort auch aus der Balance geraten.

Christen sind heute die meistverfolgte Glaubensgemeinschaft auf der Welt. Eigentlich müsste ein Aufschrei durch unsere Zivilisation gehen. Weshalb schweigen Medien, Politiker und selbst Glaubensvertreter? >>>



«Individuelle Spiritualität ist nicht genug»: Bischof Nazir-Ali.

Ein offensichtlicher Grund ist, dass man die bereits bedrohten Menschen nicht weiter in Gefahr bringen will.

Ist Zurückhaltung eine gute Politik?

Zurückhaltung ist ehrenhaft. Zu gewissen Zeiten mag das gut sein. Aber es gibt wenige ehrenhafte Gründe für das Schweigen. Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht über die Menschenrechtssituation. Es ist ein sehr guter Report, ausser in Bezug auf Saudi-Arabien. «Gegenüber diesem Land hat der Präsident der USA von seinem Recht auf Verzicht Gebrauch gemacht», steht im Bericht. Wirtschaftsinteressen, Investitionen sind offenbar wichtiger als Kritik am Menschenrechtsstatus.

Saudi-Arabien finanziert in vielen muslimischen Ländern Moscheen, Schulbücher, Studienzentren, Waffenlieferungen und schürt Hass auf Andersgläubige. Warum nennen christliche Würdenträger solche Missstände nicht dezidiert beim Namen?

Ich habe es versucht. Letztes Jahr hat Grossbritannien seine Entwicklungshilfe an Pakistan im Bereich Erziehung auf 600 Millionen Pfund erhöht. Ich wollte wissen, ob die Gelegenheit nun genutzt werde, die Hasspropaganda zu thematisieren. Ob der radikale Unterricht in den Madrasas angepasst werde. Und das Recht auf Bildung für Mädchen gestärkt werde. Die Antwort der Regierung lautete: «Wir werden diese Dinge hinter verschlossenen Türen besprechen.» De facto wurde das Geld mitunter für die Verbreitung von Extremismus genutzt. Heute sprechen wir in Pakistan nicht von ein paar wenigen Extremisten. Mit Hilfe der Textbücher hat sich ein weites Hinterland von islamistischer Gesinnung entwickelt.

Offenbar ist der Westen machtlos, obwohl er Entwicklungshilfe bezahlt?

Der Missstand muss angesprochen werden, es reicht nicht, Symptome zu behandeln, wenn sie auftreten. Man muss Hilfe an Konditionen knüpfen. Aber Blasphemie- oder Apostasie-Gesetze machen es unmöglich, Auswüchse des Islam in derselben Form zu kritisieren, wie das Christentum kritisiert wird. Als Christ fühle ich, dass ich Muslime lieben sollte, und ich tue es. Aber das soll uns nicht daran hindern, eine militante Ideologie zu kritisieren. Besonders dann, wenn sie die elementaren Freiheiten von Menschen einschränkt. Wer den Islam kritisiert, darf nicht automatisch als islamophob bezeichnet werden. Besonders im Westen müssen Muslime lernen, mit dieser Kritik umzugehen.

Sie haben wiederholt den Zorn Militanter auf sich gezogen...

Ich habe Todesdrohungen erhalten, weil ich offensichtliche Missstände kritisiert habe.

Sie schrieben 2008 in der *Sunday Times*: «Islamischer Extremismus hat Bezirke in britischen Städten in No-go-Zonen für Nichtmuslime verwandelt.»

Als ich in Pakistan tätig war, habe ich von den örtlichen Islamisten Todesdrohungen erhalten. Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass das auch in Grossbritannien geschehen kann. Ich musste unter Personenschutz gestellt werden, weil ich das Offensichtliche ausgesprochen hatte. Ich habe über tausend Briefe erhalten, in denen sich Leute für meine Aussage bedanken. Viele Bürger, inklusive Schwulensorganisationen, haben bestätigt, dass es immer mehr Gebiete gibt, die Nichtmuslime nicht mehr betreten dürfen und wo die britischen Sicherheits- und Justizbehörden macht- und hilflos sind. Unterdessen ist der Missstand weitherum anerkannt. In London, in Städten im Norden, selbst in kleinen Dörfern gibt es solche No-go-Zonen.

Was geschieht da?

Es fing damit an, dass Christen aus gewissen Gebieten weggedrängt wurden. Selbst die Verteilung von Kirchenblättern wurde behindert.

Wo war das?

Ich werde nicht sagen, wo, denn Leute, die bedroht wurden, leben immer noch dort.

Wenn Sie den Ortsnamen preisgeben würden, wären diese Leute gefährdet?

Ich muss Vorsicht walten lassen. Inhabern von Büchergeschäften wurde mitgeteilt, sie könnten in dieser Gegend ihr Gewerbe nicht mehr betreiben. In einer muslimisch dominierten Gemeinde sagte selbst die Polizei gegenüber Evangelisten, sie dürften nicht evangelisieren. Wir sprechen nicht von einem Ort im Nahen Osten, sondern von Grossbritannien. Unterdessen gibt es auch Schilder mit diskriminierenden Anweisungen, mit Kleidervorschriften für Frauen, Verboten von Nachtclubs, Schwulenbars etc.

Wo sehen Sie Gründe für diese Entwicklung?

Multikulturalismus hat zu einer Politik geführt, die unsere Gesellschaft nicht als Einheit, sondern als getrennte Gruppen behandelt. Es gibt zu wenige Bemühungen, die verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen zu integrieren. Multikulturalismus hat im Kern nur eine Idee: Toleranz. Toleranz heisst, die Leute in Ruhe zu lassen.

Ist Toleranz gegenüber Fremden nicht eine christliche Tugend?

Die charakteristische christliche Tugend ist Gastfreundschaft. Toleranz in der Form, dass man Leute sich selbst überlässt, fördert keine Integration. Multikulturalismus führte zu isolierten und abgetrennten Zonen, wo es den Leuten an Identität fehlt. Einwanderer haben die alte Identität aus ihren Ursprungsländern verloren, und die neue – britische – Identität konnte nicht heranreifen und Fuss fassen. Extremisten nutzten diese Situation, um in den isolierten Zonen die Leute zu radikalieren.

Bischof Michael Nazir-Ali

Michael Nazir-Ali, 63, stammt aus Karatschi, wo er in eine ursprünglich muslimische Familie schiitischen Glaubens hineingeboren wurde. In seiner pakistanischen Heimat war er als Christ unter dem Militärregime von General Zia ul-Haq mehrfach Verfolgungen ausgesetzt. 1986 erhielt er in Grossbritannien Asyl. 1994 wurde er in Rochester als erster Nichtweisser zum Bischof der anglikanischen Kirche ernannt und leitete den Dialog mit dem islamischen Bildungszentrum Al-Azhar in Kairo. Zehn Jahre gehörte er als Geistlicher Lord dem Oberhaus an. 2009 trat er als Bischof zurück. Seither widmet er sich den wegen ihres Glaubens unterdrückten Christen auf der Welt. Nazir-Ali wird der Gruppe der Traditionalisten in der Church of England zugerechnet. Er ist ein Befürworter der Frauenordination. Die Weihe von homosexuellen, nicht zölibatär lebenden Priestern und die Segnung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften lehnt er ab. (geh)

Ist es nicht etwas billig, radikale Muslime für die Entstehung von Parallelgesellschaften verantwortlich zu machen?

In der Tat müssen wir zuerst bei uns nach Missständen suchen. Das Problem ist nicht in erster Linie der Islamismus, sondern der Mangel an Vertrauen in die eigene Kultur, die eigene Herkunft und die jüdisch-christliche Tradition. Der aggressive Säkularismus hat diese Tradition unterminiert. Wir haben im Westen heute ein moralisches und spirituelles Vakuum. Also darf man nicht überrascht sein, wenn der Islam das Vakuum füllt. Die beiden Messermörder von Woolwich, die neulich einen britischen Soldaten niedergestochen haben, sind keine gebürtigen Muslime, sondern Konvertiten. Grossbritannien steht mit der Krise des Multikulturalismus nicht allein da, wie die jüngsten Revolten in Schweden gezeigt haben. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, dass es für Europa essenziell ist, seinen moralischen und geistigen Nerv zu erhalten.

Meinen Sie damit die Rückbesinnung auf eigene Traditionen und den Glauben?

Genau. Der Gründer des World Economic Forum, Klaus Schwab, ist sehr besorgt um die Zukunft von Europa. Natürlich denkt er zuerst an die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Wirklich grosse Sorge bereitet ihm die mangelnde Kommunikation zwischen den Generationen. Diese Kommunikation funktioniert auf drei Arten: über Familie, Schule und Kirche. Die Familie ist in der Krise. Die Schule wurde zu einem Terrain für politische Korrektheit.

Und die Kirchen sind leer.

Wir müssen alle drei Bereiche stärken. In einer Familie zu leben, bedeutet mehr, als nur einen Kühlschrank zu teilen. Was die Schule betrifft, müssen wir lernen: So etwas wie eine wertfreie Erziehung gibt es nicht. Wir müssen sicherstellen, dass Religion als soziale Kraft wieder bedeutend wird. Individuelle Spiritualität ist nicht genug.

Das klingt alles sehr theoretisch. Wie wollen Sie Menschen überzeugen, die sich der christlichen Kirche entfremdet fühlen oder religionsfrei leben wollen?

Wir brauchen ein Modell-Bezugssystem. In allen Lebenssituationen bedürfen wir eines moralischen Kompasses. Er basiert auf der Tradition, nach welcher wir hier seit Jahrhunderten leben.

Was schlagen Sie konkret vor? Obligatorischen Religionsunterricht?

Was Jugendliche in Geschichte lernen, sind Daten und Namen von Personen. Was sie zu wenig kennen, ist der Lebensfluss der Nation, wie unsere Grundwerte entstanden sind. Zum Beispiel in Grossbritannien kann die Entwicklung der persönlichen Freiheit zurückverfolgt werden bis ins Jahr 800 n. Chr. König Alfred, genannt der Grosse, legte nach erfolgreicher Abwehr der Wikinger die Grundlagen für eine Vereinigung der angelsächsischen Kö-

nigreiche und veranlasste die Niederschrift des Common Law in einer Gesetzessammlung. Er sorgte dafür, dass das Grundgesetz in England gemäss biblischen Prinzipien ausgestattet wurde. Anselm von Canterbury weigerte sich, Heinrich I. zu krönen, bevor dieser die «Charter of Liberties» unterzeichnet habe. Diese Vereinbarung war die Vorgängerin der Magna Charta, der Bill of Rights (1689) und führte zur Kampagne für die Abschaffung des Sklavenhandels. All das geschah unter expliziter christlicher Führung. Dies wird in der Schule kaum mehr gelehrt. Damit fehlt die Basis für das Verständnis unserer Geschichte und Kultur.

Welche Bedingungen sollte ein Einwanderer erfüllen, wenn er die Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes annehmen will?

Die Sprache ist wichtig und die Geschichte. Was Einwanderer lernen müssen, ist vor allem Verständnis für Glauben und Werte, auf denen Europa basiert. In Europa wurden im Namen des Christentums viele Fehler gemacht, aber letztendlich war es das Christentum, das zu Bürgerrechten und -freiheiten geführt hat. Wenn die Menschen dies nicht anerkennen, werden sie nicht zu einem gemeinsamen Gut beitragen können.

Sind Gesetze wie das Burkaverbot in Frankreich oder das Minarettverbot in der Schweiz Ihrer Meinung nach sinnvoll? Schürt man

damit nicht vielmehr Zwietracht und demontiert die Glaubensfreiheit?

Einige Geistliche sagten, Minarette seien wie Kirchtürme. Sie würden die Zeit angeben und zu Gottesdienst und Gebet aufrufen. Aber der Vergleich hinkt. Vom Minarett aus wird fünfmal täglich ein lautstarkes Manifest einer Glaubenskonfession verkündet. Warum sollten alle anderen, der Atheist, der Agnostiker, der Christ usw., zuhören müssen? Ich bin gegen ein vollständiges Minarettverbot, aber was stört, ist der Lautsprecher.

Viele Menschen sehen in den Minaretten ein Zeichen für eine kulturelle Dominanz. Ist dieser «Krieg der Symbole» nicht unwürdig für eine aufgeklärte Gesellschaft?

Wann immer ich in Südlondon, das zu meiner Diözese gehörte, unterwegs war, dankte ich Gott für die afrikanischen und karibischen Kirchen. Sie sind nun die sichtbare Präsenz des Christentums in vielen Teilen Londons. Aber ich würde nicht sagen, das Kriterium gegen Minarette ist deren physische Dominanz. Während Jahrhunderten haben Juden und Christen in islamischen Ländern die Erfahrung gemacht, dass Moscheen vor die Synagogen und Kirchen gebaut wurden, um sie zu verstecken. Dies geschieht auch heute noch, zum Beispiel in Nigeria. Christen sollten sich nicht vom Dominanz-Gedanken leiten lassen. Was immer neu gebaut wird, sollte ins Bild des Bestehenden passen. ○



FM 93.6
RADIO 10 DIE WELTWOCHEN

ROGER GEGEN RÖGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM KAUFLEUTEN AM PELIKANPLATZ IN ZÜRICH
10. JUNI 2013 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR

EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER TICKETS@RADIO1.CH (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

